

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nun hat Berlin einen neuen Regierenden Bürgermeister. Michael Müller hat schon jetzt gute Noten in den Umfragen, für sich persönlich und für die SPD. Das wird zum einen an dem soliden Auftritt liegen, mit dem er wahrgenommen wird. An der Ernsthaftigkeit, mit der er sein Amt als Stadtentwicklungssenator ausgeübt hat.

Aber liegt es nicht auch an dem Verfahren, mit dem die SPD die neue Nummer Eins Berlins ausgewählt hat? Alle Regierungschefs in Deutschland wurden bisher ausschließlich von Parteitag oder Parteivorständen ausgewählt und zur Wahl im Parlament vorgeschlagen. Es gibt nur zwei Ausnahmen: Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Torsten Albig und Berlins neuer „Regierender“. Beide wurden unter mehreren Kandidaten in einem Votum aller Parteimitglieder ausgesucht. Es ist ein Mehr an Demokratie, wenn in Berlin 17.000 Parteimitglieder die Wahl haben und nicht nur 230 Parteitagsdelegierte

Sicher ist so ein Verfahren aufwendiger und dauert ein paar Wochen länger. Aber es lohnt sich. Interessant ist zum Beispiel, dass viele Beobachter in Berlin und vorher schon in Schleswig-Holstein davon ausgehen, dass die Basismehrheit einen anderen Kandidaten ausgewählt hat, als es die Parteitagsmehrheit vermutlich getan hätte. Nachdem viele Menschen mehr Transparenz gefordert haben und sogar eine Parteigründung wie die Piraten dafür in Parlamente gewählt wurde, ist jetzt ausgerechnet die älteste Partei Vorreiter bei der Basisbeteiligung: die SPD.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Martin Matz
Vorsitzender der SPD in Lichterfelde-West
matz@spd-lichterfelde.de

Eine feste Burg

100 Jahre Johanneskirche

Geht man in Lichterfelde-West die Ringstraße in Richtung Finckensteinallee entlang, fällt einem auf der rechten Seite, auf Höhe der Kommandantenstraße, ein imposanter Rundbau gleich ins Auge. Als Kirche ist der Bau mit der großen Kuppel nicht so ohne Weiteres sofort erkennbar. Ein Glockenturm fehlt. Die Glocken ertönen aus der Laterne auf der Kuppel. Die Johanneskirche! Die Kirchengemeinde feiert in diesen Tagen 100 Jahre ihrer Kirche mit einem Festkonzert, einer Jubiläumsausstellung und der Herausgabe einer Festschrift.

Ganz ungewöhnlich ist nicht nur das äußere Erscheinungsbild der Johanneskirche. Architekt Otto Kuhlmann hatte auf dem relativ kleinen Grundstück am Johanneskirchplatz, der früher einmal Friedrichplatz hieß, einen runden Kirchenbau errichtet, in dem sich im Erdgeschoss die Gemeinderäume befinden. Erst über geschwungene Treppen erreicht man im ersten Stock den großen Kirchenraum mit Altar und Orgel. Die Stuhlreihen stehen im Halbkreis.

Ein Jahrhundert deutsche Geschichte

Am 1. Mai 1913 fand die Grundsteinlegung, am Reformationstag 1914 die Einweihung statt.

Somit dokumentiert die Johanneskirche ein Jahrhundert deutsche Geschichte. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde auch hier der Enthusiasmus der Bevölkerung für diesen Krieg geteilt. Die Gemeinde verstand sich in diesen Zeiten als Hort der Tradition. In den dreißiger Jahren war dann die Johanneskirchengemeinde ein Teil der in ganz Lichterfelde starken Bekennenden protestantischen Kirche. So wurden z.B. von hier aus wichtige Informationsschriften der Bekennenden Kirche erstellt, zunächst vom NS-Staat zensiert und später unzensiert auf geheimen Wegen verteilt. In den Kriegsjahren hielten die Frauen das Gemeindeleben aufrecht.

Engagement für die Nachbarschaft und die Welt

Schon früh wurde die Nachbarschaft in Lichterfelde in das Gemeindeleben einbezogen und das gesellschaftspolitische Engagement (Asylpolitik, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpf-



fung) verstärkt. Die Johannesgemeinde unterstützt Sozialarbeit in Slums in Chile und ist Partnerin der „Church of Hope“ in Ramallah im Westjordanland.

Ein besonderes Merkmal der Johannesgemeinde ist ihr musikalisches Engagement. Schon am 17. November 1914 fand in der neuen Johanneskirche das „Erste Geistliche Konzert“ statt. Es wurde vom „Groß-Lichterfelder Chor-Verein“ veranstaltet. Der Johanneskirchenchor wurde bereits im ersten Weltkrieg gegründet. Zusammen mit ihm fanden in den folgenden Jahren Konzerte mit anderen Lichterfelder Musikvereinigungen statt. Der Jugend- und Kirchenchor wurde seit den 50er Jahren häufig von externen Künstlern begleitet. Der Posaunenchor wurde 1969 gegründet. Kammermusikalische Veranstaltungen gaben jungen Gemeindemitgliedern und Studenten die Möglichkeit zum Auftritt. 1998 gründete Joachim Frisius die Reihe der monatlichen Sonntagabendmusiken. Alle musikalischen Gruppen finden sich jedes Jahr am 3. Adventssonntag zum Adventskonzert zusammen. Die Lichterfelderinnen und Lichterfelder sind auch in diesem Jahr wieder zum Zuhören und Mitsingen eingeladen!

100 Jahre Johanneskirche. 100 Jahre Engagement in der Lichterfelder Nachbarschaft und in der Welt. Herzlichen Glückwunsch!

(Die Festschrift „Hundert Jahre Nachbarschaft die Johanneskirche in Berlin-Lichterfelde“, Westkreuz-Verlag, ist im Buchhandel erhältlich. Veranstaltungshinweise unter: www.ev-johannes.de)

Jörg Hennerkes

Willkommen!

Bezirkliches Willkommensbündnis unterstützt Flüchtlinge mit viel Ehrenamt / Bezirksamt verweigert sich

Wir in Steglitz-Zehlendorf bekommen neue Mitbürger. Sie werden als Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Irak, Pakistan, aus Nord- oder Ostafrika oder vom Balkan in unseren Bezirk kommen. In ihren Heimatländern herrschen Krieg und Verfolgung. Dort sind die Menschen ihres Lebens nicht mehr sicher. Sie sind auf meist höchst gefährlichen Wegen geflüchtet und hoffen bei uns auf ein sicheres Leben für sich und ihre Kinder.

Unterkunft Goerzallee 307

Diese neuen Mitbürger haben eine gemeinsame Adresse: Goerzallee 307. In diese neue Gemeinschaftsunterkunft werden bis zu 200 Menschen einziehen. Das ist nur ein kleiner Teil der insgesamt ca. 13.000 Flüchtlinge, die in diesem Jahr nach in Berlin kommen. Sie alle hoffen auf ein Asylverfahren und treffen auf viele Leidensgenossen, die sich bereits im Asylverfahren befinden, bereits einen Asylbescheid erhalten haben oder „Kontingentflüchtlinge“ aus Syrien sind.

Bezirk bisher Schlusslicht bei der Flüchtlingsaufnahme

Die Goerzallee 307 ist nur ein erster Schritt, denn der Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist bisher „Schlusslicht“ der Berliner Bezirke bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Bezirksbürgermeister Kopp (CDU) hat sich bisher weggeduckt. Er machte dem Sozialsenator keine Angebote für weitere Unterkünfte in Steglitz-Zehlendorf. Jetzt muss er zusehen, wie Soziale-

nator Czaja (CDU) ihm zwei neue Standorte für Flüchtlingsunterkünfte diktiert.

Mit den zwei angekündigten „Container-Wohnanlagen“ am Ostpreußendamm und am Ostweg können insgesamt weitere 640 Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf erhalten. Damit kommt der Bezirk endlich seiner Verpflichtung



Die Unterkunft in der Goerzallee

nach, ebenso viele Flüchtlinge aufzunehmen wie heute schon z.B. in Tempelhof-Schöneberg oder in Friedrichshain-Kreuzberg aufgenommen wurden. Eigeninitiative des Bezirks hätte sicherlich die Möglichkeit eröffnet, selbst geeignete Standorte vorzuschlagen.

Wir heißen die Flüchtlinge in unserem Bezirk willkommen. Wir freuen uns, dass sie ein erstes Dach über dem Kopf und erste Betreuung im Alltag erhalten. Insbesondere für die Kinder ist es wichtig, schnell Deutsch zu lernen, um in den Kitas und Schulen integriert werden zu können.

Große Unterstützung für das Willkommensbündnis und CDU-Widersprüchlichkeit

Wir sind auch froh, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Steglitz, Lichterfelde, Dahlem und Zehlendorf in großer Zahl dem Willkommensbündnis Steglitz-Zehlendorf beigetreten sind. In Arbeitsgruppen bereiten sie sich auf Hilfen für die Flüchtlinge vor und bieten sie ihnen an. In unserem Bezirk zeigt sich also von Anfang an große Unterstützung für die Flüchtlinge.

Das gilt leider nicht überall. Während der CDU-Sozialsenator für unseren Bezirk die zwei Standorte Ostpreußendamm und Ostweg bestimmt hat, sammelt nun der Bürgerdeputierte Frank Sommerfeld, der für die CDU im Ausschuss für Verkehr und Ordnung der Bezirksverordnetenversammlung sitzt, Unterschriften gegen den Standort Ostweg. Hier wird wieder einmal das St. Florianprinzip praktiziert: man sei wohl grundsätzlich für die Aufnahme von Flüchtlingen, nur nicht in der Nachbarschaft.

Hier scheinen sich doch einige Christdemokraten nicht mehr an die Gründungsväter nach dem Zweiten Weltkrieg zu erinnern, die sowohl das Grundrecht auf Asyl, als auch die Unantastbarkeit der Würde des Menschen in unser Grundgesetz geschrieben haben.

Wir jedenfalls heißen die neuen Mitbürger herzlich willkommen!

Jörg Hennerkes

VEREINE IN LICHTERFELDE: Berliner Leberring e.V.

Seit 1997 gibt es im Lichterfelder Benjamin Franklin Klinikum den gemeinnützig anerkannten Verein „Berliner Leberring“.

Menschen mit chronischen Leberbeschwerden und schweren Krankheitsverläufen, Angehörige und interessierte Personen finden hier eine verlässliche Anlaufstelle mit individuellen Beratungsangeboten, Gruppengesprächen, Vorträgen und einer kleinen Bibliothek.

Betroffene finden in einer aktuellen Datenbank Berliner und Brandenburger Fachärzte, Amtsärzte und Kurkliniken, können sich in einem Forum austauschen und Vorträge zu speziellen Fragen besuchen, z.B. zu Fragen der Ernährungs-

umstellung. Der Verein steht ebenso mit Informationen über das Rentenrecht, Ansprüche bei Schwerbehinderung oder Kuren zur Seite.

„Wir halten nicht inne in unserem Bestreben, Menschen aufzuklären, zu helfen und beizustehen“, bestätigt Sabine von Wegerer, Vorstandsvorsitzende des Berliner Leberrings. Das gesamte Team arbeitet ehrenamtlich auf einem gleichbleibend hohen Niveau: Qualitätsmanagement, regelmäßige Fortbildungen und die enge Zusammenarbeit mit den Ärzten vom Campus Benjamin Franklin haben zum guten Ruf der Beratungsstelle beigetragen. Allein im vergangenen Jahr hat der Verein 388 Beratungen

durchgeführt, unter anderem zu den Virushepatiden B und C, Leberzysten, Zirrhose oder Porphyrie, einem angeborenen Gendefekt, bei dem statt des lebenswichtigen Blutfarbstoffs Häm nur Vorstufen gebildet werden, die Beschwerden auslösen.

Für Aufklärung über alle Formen der Lebererkrankung ist der „Berliner Leberring“ eine gute Adresse, egal ob persönlich, im Internet oder am Telefon. Übrigens sogar auf Englisch, Französisch, Türkisch und Polnisch.

Berliner Leberring e.V., Tel. 83 22 67 75, Internet: www.berliner-leberring.de

Jana Kellermann

Versuchte Rathaussanierung: „Erhebliche Versäumnisse“

Landesrechnungshof rügt unnötige Ausgaben von 1,5 Mio EUR für schwarz-grünes Prestige-Projekt

Der Landesrechnungshof führt viele Prüfungen in den Behörden und Ämtern auf Landes- und Bezirksebene durch. Mancher Vorwurf, der dabei erhoben wird, mag kleinteilig wirken oder sogar unberechtigt sein. Viele Prüfungsergebnisse werden dann auch nicht veröffentlicht. Aber das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf unter Bürgermeister Norbert Kopp (CDU) hat sich eine richtige „Klatsche“ eingefangen: Der gescheiterte Umbau des Rathauses Zehlendorf in ein „Null-Energie-Rathaus“ („Sarazenu“) hatte schon rund 1,5 Mio. Euro Steuer-gelder gekostet, wurde aber doch nicht durchgeführt.

Der Rechnungshof hat dem Bezirk dafür einen prominenten Platz in seinem Jahresbericht 2013 gesichert. Auf rund 14 Seiten legt er „mangelhafte Planung“ und „gravierende Steuerungsmängel“ sowie „erhebliche Versäumnisse“ dar. Aber damit nicht genug: Auf die Stellungnahme des Bezirks zum Jahresbericht hat der Rechnungshof jetzt seinen Abschlussbericht übermittelt, und der hat es erneut in sich. „Das Bezirksamt hat [...] die vorgeschriebene systematische Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vor seiner Entscheidung für die energetische Sanierung des Rathauses im April 2009 nicht durchgeführt“. Das war keine Kleinigkeit, denn für einige nicht denkmalgeschützte Gebäudeteile hätte ein wirtschaftlicher Vergleich zu einem Ersatzneubau durchgeführt werden müssen. Neben dem soliden Hauptgebäude des Rathauses aus dem Jahr 1928 gibt es nämlich mehrere Bauteile aus den 70er Jahren, deren Sanierung möglicherweise nicht wirtschaftlich wäre.

Fragwürdig ist vor allem die Entschei-

dung des Bezirkes, die Maßnahme für zunächst 11 Mio. EUR als „bauliche Unterhaltung“ und nicht als „Investition“ einzustufen. Der Rechnungshof hält dies für eine „grob fehlerhafte Einschätzung“ und „abwegig“. Es sei „ohne jeden Zweifel“ eine Investition gewesen und damit hätte der Senat eingebunden werden müssen.

Die Entscheidung, das Projekt nicht als Investition beim Senat anzumelden, sondern aus der baulichen Unterhaltung des Bezirks zu finanzieren, hätte einen riesigen Verdrängungseffekt auf andere Maßnahmen der baulichen Unterhaltung gehabt. Die meisten bezirklichen Gebäude sind Schulen – und über deren Zustand in Steglitz-Zehlendorf wird genug und berechtigt geklagt. 4 Mio. EUR hatte das Bezirksamt im Doppelhaushalt 2010/11 für das Rathaus reserviert. Darin ist noch nicht mal enthalten, dass vor Abbruch des Projektes bereits Schätzungen existierten, die mindestens weitere 1,7 Mio. EUR für erforderlich hielten. Und das war noch nicht alles...

Wie konnte das passieren?

Die Unterlagen zum Projekt „Sarazenu“ füllen viele Aktenordner, die sich auch die Bezirksverordneten anschauen konnten. Viele Details sind darin geschildert, worin besteht der politische Kern der Sache? Das Projekt war offenbar ein Teil des Verhandlungspakets für die schwarz-grüne Zählgemeinschaft im Bezirksrathaus. Die Grünen im Bezirk wollten ein besonderes politisches Projekt durchsetzen – ein vorbildliches klimaneutrales Rathaus. „Sarazenu“ wird daher der Preis für die Wahl eines CDU-Bürgermeisters durch die Grünen gewe-

sen sein. Hätte man das Vorhaben als Investition beim Senat angemeldet, wäre es vermutlich nicht in die Prioritätenliste bekommen, vorbei an allen dringend nötigen Schulsanierungen. So hat man es als „bauliche Unterhaltung“ getarnt, die der Bezirk selber machen konnte.

Am Ende konnte die bezirkliche CDU ihr Versprechen an die Grünen dennoch nicht mehr einlösen – das Projekt war finanziell völlig aus dem Ruder gelaufen. Von Kosten über 30 Mio. EUR war die Rede und man beendete das Abenteuer. Planungskosten von 1,5 Mio. EUR waren zu diesem Zeitpunkt schon verausgabt. Dieses Geld fehlt bis heute in den Mitteln der „baulichen Unterhaltung“ von Verwaltungs- und Schulgebäuden.

CDU in der BVV: Beleidigungen statt Aufklärung

In der Novembersitzung der Bezirksverordnetenversammlung griff die SPD diesen Umstand noch einmal auf und stellte dem Bezirksamt Fragen zum kurz vorher vorgelegten Abschlussbericht des Rechnungshofes. Dass dies keine Freude auslöst, war den Bezirksparlamentariern klar. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Torsten Hippe konterte aber mit einer Pauschalbeleidigung aller SPD-Bezirkspolitikerinnen und -politiker. Das spricht eher dafür, dass es der Bezirksmehrheit zu peinlich ist, auf das Thema „Sarazenu“ angesprochen zu werden.

Martin Matz (Bezirksverordneter)

Sie möchten selber nachvollziehen, was der Rechnungshof geschrieben hat? Den Jahresbericht 2013 finden Sie hier: www.martin-matz.de/lrh.pdf

STRABEN IN LICHTERFELDE:

Curtiusstraße

Bereits zu Lebzeiten (1895) wurde diese Straße dem berühmten deutschen Archäologen und Altertumsforscher Ernst Curtius (1814-1896) gewidmet. In eine bekannte Lübecker Familie hinein geboren, studierte er in Bonn und Göttingen, promovierte und habilitierte an der Uni Berlin und war Hauslehrer von Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, dem späteren Kaiser Friedrich III. Er initiierte und leitete erste Grabungen in Olympia und nahm Professorenstellen für Archäologie in Göttingen und Berlin an. Er war Mitglied der königlichen Akademie der Wissenschaften in Berlin und im preußischen Orden Pour le Mérite für



Wissenschaft und Künste. Er starb am 11. Juli 1896 in Berlin und wurde auf dem Alten St.Matthäus-Kirchhof in Schöneberg beigesetzt.

Jörg Hennerkes

Impressum / Kontakt

Herausgeberin: Abteilung Lichterfelde-West der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

ViSdP: Martin Matz, SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Telefon: 76 67 98 54 (Kreisbüro)
Internet:

www.spd-lichterfelde-west.de
E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe!

Fotos: Bukk / Wikimedia Commons (S. 1), Jörg Hennerkes (S. 2,3) Eva Reitz-Reule (S. 4), Carsten Schwäbe (S. 5)

Klimaneutral gedruckt.

Engagierter Buchhändler und Nachbar

Interview mit Thomas Gralla, Inhaber der gleichnamigen Buchhandlung am Hindenburgdamm

WiLi: Herr Gralla, warum sind Sie Buchhändler geworden?

Thomas Gralla: Um mit einem Zitat von Böll zu antworten: „Oh, irgendwas mit Büchern.“ Da ich aus einer großen Familie komme, hatte ich beim Lesen immer meine Ruhe und dann wurde es meine Leidenschaft. Jetzt bin ich bereits seit 30 Jahren Buchhändler.



Thomas Gralla, Inhaber der Buchhandlung „Gralla“ am Hindenburgdamm.

WiLi: Seit wann haben Sie Ihr Geschäft im Hindenburgdamm und warum haben Sie sich für diesen Standort entschieden?

Gralla: Seit April 2008 bin ich hier. Da ich mich selbstständig machen wollte, habe ich viel gesucht und hatte ein Projekt, das sich aber zerschlagen hat. Ich habe bereits hier gewohnt und dann kam ein Angebot meines Vermieters, ob ich nicht den Laden mieten wollte. Die Bedingungen waren gut. Mein Gedanke war: Hier bin ich Nachbar und Buchhändler. Das gefällt mir.

WiLi: Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?

Gralla: Nein. Ich habe den Eindruck, dass die Buchhandlung und der Optiker dem Standort Rückenwind gegeben haben. Allerdings hat sich die Situation dann hier deutlich verschlechtert. Dann haben wir die HiBu-Da-Interessengemeinschaft gegründet. Nachdem der Fahrradhändler weg war, wollten einige Händler den Raum als Ausstellungsraum nutzen, um zu zeigen, hier gibt es Heimat für Händler und wir waren bereits in Verhandlungen mit dem Vermieter. Plötzlich war der Laden vermietet.

WiLi: Was hat es mit der HiBuDa-Initi-

ative auf sich?

Gralla: Gemeinsam mit dem Optiker Herrn Lemke habe ich 2010 die Hindenburgdamm-Interessengemeinschaft gegründet. Unsere Motivation zielte darauf, den Händlern eine Gemeinschaft zu bieten. Wir treffen uns alle ein bis zwei Monate und es ist immer jemand von der Wirtschaftsförderung dabei, der sich sehr engagiert einbringt. Auch der zuständige Stadtrat und Bezirksbürgermeister Norbert Kopp (CDU) hat uns versichert, dass wir auf seinem Radar sind. Allerdings haben wir bisher aus dieser Richtung keine Unterstützung erfahren. Aktuell planen wir „Open House am Nikolaus“. Am 6. Dezember von 10 bis 16 Uhr laden wir ein. Ich werde, wie die vergangenen Jahre, wieder in gemütlicher Vorweihnachtsatmosphäre vorlesen, beim Optiker kann mikroskopiert werden, der Glaser schneidet Glas und beim Friseur kann man sich Engelslöckchen legen lassen. Alle teilnehmenden Händler haben einen Mistelzweig über ihrer Tür hängen. Wir wollen zeigen: Hier gibt es mehr Kiez als man denkt!

WiLi: Haben Sie den Eindruck, dass sich das Kaufverhalten der Kunden in den letzten Jahren geändert hat?

Gralla: Nach meinen ersten beiden Jahren hier sind die Umsätze stark eingebrochen, seit einem Jahr geht es kontinuierlich aufwärts.

WiLi: Wie erklären Sie sich das?

Gralla: Die Dokumentation über Amazon vergangenen Herbst hat viele Menschen zum Nachdenken gebracht. Der lokale Gedanke sickert ins Bewusstsein. Ich mache jeden Tag Umsatz, allerdings gibt es Tage ohne nennenswerten Umsatz. Um hier zu bestehen, muss man Gesicht und Engagement zeigen. Das liegt nicht nur an den Kunden, im Moment gibt es allgemein eine blöde Entwicklung für den Einzelhandel. Richtig zufrieden ist hier keiner!

WiLi: Was zeichnet Ihre Buchhandlung aus?

Gralla: Hier finden Sie auf kleinem Raum eine große Vielfalt und eine exotische Auswahl. Bei mir gibt es nicht nur die aktuellen Bestseller. Ich gehöre zu den lesenden Buchhändlern und meinen Erfahrungsschatz gebe ich gerne weiter. Ich wollte immer irgendetwas mit Menschen zu tun haben und hier bieten sich jeden Tag neue Situationen. Ja, ich berate meine Kunden gerne und

ausführlich.

WiLi: Was ist mit Kinderliteratur?

Gralla: Aber ja, Kinderliteratur ist eine tragende Säule meines Geschäfts. Regelmäßig sind hier Kinderbuch-Autoren zu Gast. Außerdem gehe ich in Kindergärten und Schulen, um den Jüngsten das Buch nahe zu bringen.

WiLi: Ihre Bücherwand, Sie sagten, da stehe der Berliner Kanon der Literatur. Was hat es damit auf sich?

Gralla: Gemeinsam mit meiner Kollegin Friederike Zöllner habe ich das Buch „Berliner Kanon der Literatur“ herausgegeben. Wir haben in unseren Buchhandlungen Kunden und Freunde angesprochen, ob sie uns eine kurze Rezension zu ihrem Lieblingsbuch schreiben würden. Die Begeisterung war groß! Wir haben viele Texte bekommen, die allesamt sehr schön sind. Es gab keine Doppelung, nur Autoren, die mehrfach vertreten waren. Ihre Bücher scheinen in der Beliebtheitskala ganz hoch angesiedelt zu sein. Zur Veröffentlichung unseres Kanons veranstalteten wir hier eine Feier, bei der sich alle Rezensenten treffen konnten. Das war ein lebhafter Abend! Jeder kam mit jedem

„Um hier zu bestehen, muss man Gesicht und Engagement zeigen.“

ins Gespräch, egal ob 10 Jahre oder ganz weit darüber, egal

um welche Gattung der Literatur es sich handelte. Da war einfach das Leuchten in den Augen! Da habe ich wieder gespürt, mein Vermögen schöpfe ich aus der Wertschätzung meines Tuns. Also in der Bücherwand stehen die Lieblingsbücher unserer Leser. Übrigens wird „Berliner Kanon der Literatur“ zu Dussmann geliefert, auch sie wollen ihn verkaufen.

WiLi: Herr Gralla, wenn Sie zurück blicken, würden Sie wieder eine Buchhandlung eröffnen?

Gralla: Ja, ich würde es wieder tun, genauso – nur anders.

WiLi: Zum Schluß, verraten Sie uns, was Ihr Lieblingsbuch ist?

Gralla: Das ist das „Buch der Unruhe“, von Fernando Pessoa. Es begleitet mich seit 30 Jahren und ich lese immer wieder darin. Das ist kein Buch, das man an einem Stück liest, weil die Intelligenz einen erschlägt. Seit Ende der 80er Jahre habe ich diesen mentalen Reiseführer durch das Lissabon der 20er und 30er Jahre immer dabei und entdecke immer wieder Neues.

WiLi: Herzlichen Dank.

Das Interview führte Eva Reitz-Reule

Suizidbeihilfe und Sterbebegleitung

Breite gesellschaftliche Debatte ist angelaufen

Am 13. November fand im Bundestag eine „Orientierungsdebatte zur Sterbehilfe“ statt. Über vier Stunden lang haben Abgeordnete aller Fraktionen ihre ganz persönliche Sicht auf das Thema Tod und Sterben vorgetragen. Viele der Rednerinnen und Redner erhielten, wie das Protokoll es vermerkt, „Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause“.

Jede und jeder von uns hat wohl diese ganz persönliche Sicht. Zu der zum Glück auch die Erinnerung an Menschen gehört, die nach einem erfüllten Leben schnell und sanft gestorben sind. Wie z.B. Professor Helmut Gollwitzer, den ich aus der Gustav Heinemann-Initiative kannte und der ohne vorher ernsthaft krank gewesen zu sein eines morgens tot in seinem Bett lag. Er ist auf dem Friedhof der St.-Annen-Kirche in Dahlem begraben. Die Debatte um Sterbehilfe stellt derzeit die Extremfälle in den Mittelpunkt – Erkrankungen, bei denen Schmerzen und Leid auch mit modernsten medizinischen und pflegerischen Hilfen nur mühsam gelindert werden können. Aus meiner Sicht ist es wichtig, sich klar zu machen, dass diese Extremfälle die Ausnahme und nicht die Regel sind.

Ebenso wichtig ist es vor allem für die Älteren unter uns, sich klar zu machen, dass jahre- oder jahrzehntealte Erinnerungen an qualvolle, manchmal durch medizinische Maßnahmen verlängerte Sterbeprozesse bei Angehörigen oder Bekannten auch Erinnerungen an etwas sein können, das jede und jeder heute für sich ausschließen kann – durch eine Patientenverfügung und eine Vorsorgevollmacht.

Das Thema Suizidbeihilfe ist eng mit dem Thema „Sterbebegleitung“ verknüpft. Aber auch mit dem Thema „Was erwartet uns im Alter?“. Das wurde auf der „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung sehr deutlich, die ich zusammen mit Eva Högl am 21. August angeboten habe. Dort liegt Vieles im Argen, und wir sollten alle darauf achten, dass wir die strafrechtliche Diskussion um Suizidbeihilfe und Tötung auf Verlangen (oft als „aktive Sterbehilfe“ bezeichnet) sauber von der Frage trennen, wie wir die medizinische, pflegerische und in manchen Fällen auch psychologische Betreuung von Sterbenden organisieren und finanzieren. Und die Frage, wie wir verhindern, dass alte Menschen,

die nicht sterbenskrank sind und keine Schmerzen haben, die aber ihr Leben als nicht mehr lebenswert empfinden, weil sie einsam sind und sich als überflüssig empfinden, materielle Sorgen haben oder niemandem zur Last fallen wollen, sich ihren Tod wünschen, müssen wir erst Recht unabhängig vom Strafrecht diskutieren. Wir müssen diese Diskussion vor allem auch dann weiter führen, wenn die Debatte um Sterbehilfe und Sterbebegleitung im Bundestag abgeschlossen ist. Auch diejenigen, die nicht mehr arbeiten, haben ein Recht auf „Gutes Leben“, das dürfen wir als SPD nie vergessen.

Sehr nachdenklich gestimmt haben mich auch einige Wortmeldungen aus meiner letzten Besuchergruppe, zu der eine Reihe von schwerbehinderten Menschen aus der AG „selbst aktiv“ gehörte. Sie äußerten die Sorge, dass im Rahmen der Debatte um Sterbehilfe auch die Debatte um das Lebensrecht Schwer- und Schwerstbehinderter wieder geführt wird. Was auch immer in den nächsten Monaten diskutiert wird: Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass für diese Menschen ihr grundgesetzlich garantiertes Recht auf Leben in Frage gestellt wird!

Derzeit kommen auch einige sehr unangenehme Wahrheiten auf den Tisch. Die Behauptung mancher Sterbehilfeorganisationen, dass mit bestimmten Medikamenten unter ärztlicher Aufsicht ein „sanfter und schmerzloser Tod“ garantiert werden kann, steht im Widerspruch dazu, dass es in den USA bei medikamentösen Hinrichtungen gelegentlich zu makabren Zwischenfällen kommt, bei denen die Verurteilten offensichtlich qualvoll sterben.

In den Medien haben die Formulierungen „mein Tod gehört mir“ oder „mein Ende gehört mir“ in den letzten Monaten viel Aufmerksamkeit gefunden. Oft wurde dabei der Eindruck erweckt, dass es bisher keine oder zu wenig Selbstbestimmungsmöglichkeiten am Lebensende gibt. Das hängt teilweise damit zusammen, dass der Tod sich – ebenso wie die Geburt – bis heute der vollständigen Planung und Berechnung entzieht. Die Vorstellung, dass wir den Zeitpunkt verlässlich feststellen können, von dem an das Leben uns mehr Leid als Freude bringt, ist falsch. Was wir stattdessen können und dürfen, ist,



Kriterien dafür festzulegen, ab wann bzw. in welchen Situationen wir keine Behandlungsversuche mit schweren Nebenwirkungen (z.B. eine Chemotherapie bei Krebs) oder andere lebensverlängernden Maßnahmen mehr haben möchten und ab wann bzw. in welchen Situationen wir bereit sind, uns zur Linderung von Schmerzen oder Leiden Medikamente verabreichen zu lassen, die lebensverkürzend wirken können. Das ist heute schon zulässig – nicht nur nach dem Strafrecht, sondern auch nach dem ärztlichen Standesrecht.

Wer sich schon einmal mit Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht befasst hat, weiß, dass wir sehr viel heute schon selbst bestimmen können. Wenn die Diskussion um Suizidbeihilfe dazu führt, dass mehr Menschen eine Patientenverfügung und eine Vorsorgevollmacht erstellen, wäre das aus meiner Sicht sehr zu begrüßen. Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal und Angehörige sind im Falle eines Falles froh, wenn sie schwarz auf weiß nachlesen können, was jemand, der seinen Willen nicht mehr selbst äußern kann, sich gewünscht hat, als er noch bei klarem Bewusstsein war.

Eva Högl hat am Ende unserer Veranstaltung sinngemäß gesagt, dass es am Ende einer langen und intensiven Diskussion sein kann, dass der Bundestag am Strafrecht nichts oder nur sehr wenig ändert. In der Bundestagsdebatte am 13. November hat sie diese Aussage dahingehend präzisiert, dass sie sich dafür ausgesprochen hat, die geschäftsmäßige, regelmäßige und organisierte Sterbehilfe zu verbieten, ansonsten aber alles strafrechtlich so zu lassen, wie es ist.

Es zeichnet sich ab, dass es mehrere Gesetzentwürfe als sogenannte Gruppenanträge geben wird. Ich führe die Diskussion im Wahlkreis gerne mit weiter,

Ihre Dr. Ute Finckh-Krämer

Bezirkstelegramm – Neues aus Lichterfelde und Bezirk

Sicherer Schulweg für 33. Grundschule

Der Schulweg für die 33. Grundschule soll sicherer werden. Insgesamt vier Anträge hat die BVV in den letzten Monaten verabschiedet. Unter anderem soll geprüft werden, ob an der Kreuzung Glarner-/Altdorfer-Straße Querungshilfen für (Schul-) Kinder errichtet werden können. Alle Anträge (Drs. 1052-1055/IV) stammen von der SPD-Fraktion.

Bebauungsplan Curtiusstr. beschlossen

Das Bezirksamt hat am 18. November den Bebauungsplan für die Curtiusstraße beschlossen. Die formale Kenntnisnahme der BVV steht noch aus. Der aktualisierte Bebauungsplan vom November nimmt einige Bedenken der Auslegungsphase auf. So soll nun z.B. die Köhlerstraße nicht mehr direkt in die Curtiusstraße münden, sondern nur noch durch eine Gehwegüberfahrt angebunden werden. Drucksache 1118/IV (der Bebauungsplan ist in der Begründung zu finden, die Einwendungen der BürgerInnen werden ab S. 97 behandelt).

33. Grundschule: Bezirksamt bricht Wort

Die neue 33. Grundschule für das Schweizer Viertel wurde auf Druck von Eltern und SPD als Entlastung für die überlaufene Clemens-Brentano-Schule eingerichtet. Die Schulstadträtin Richter-Kotowski (CDU) hatte damals zugesagt, dass für Familien mit einem Kind an der Brentano-Grundschule die „Geschwister-

regelung“ gelten soll, damit Geschwister nicht auf verschiedene Schulen gehen müssen. Dieses Versprechen war sehr kurzlebig: alle Eltern aus dem Schweizer Viertel mussten dieses Jahr ihre Kinder an der neuen Grundschule anmelden.

Zukunft für den Hindenburgdamm

Das Abgeordnetenhaus hat den Weg frei gemacht, „Business Improvement Districts“ zu bilden, um die Lage von Geschäftsstraßen zu verbessern. Die Anwendung dieses Instruments fordert nun die BVV auf Antrag der SPD – auf Platz 1 der Prioritätenliste steht der Hindenburgdamm. Ebenfalls wird eine aktivere Politik des zuständigen Stadtrats und Bürgermeisters Norbert Kopp (CDU) eingefordert.

CDU und Grüne verhindern zeitgemäße Flüchtlingsunterkünfte

Seit Langem ist bekannt, dass die Flüchtlingszahlen in Berlin steigen werden. Die SPD spricht sich gegen Sammelunterkünfte aus und möchte die Flüchtlinge in kleineren Gemeinschaften unterbringen. Seit 2013 macht die SPD-Fraktion in der BVV mit Anfragen und Anträgen Druck, geeignete Grundstücke zur Verfügung zu stellen oder gemeinsam mit Akteuren des Immobilienmarkts nach Lösungen zu suchen. Leider vergebens. Das Bezirksamt mit seiner Mehrheit aus CDU und Grüne wollte die Sache anscheinend aussitzen – ohne Erfolg: die zuständige Senatsverwaltung hat nun zwei Containerdörfer in Lichterfelde angeordnet. Dies hätte man

mit politischem Willen besser lösen können.

Bürgeramt: Bezirksamt bricht Wort II

Das Bürgeramt ist „die Visitenkarte des Bezirks“, schwärmt gerne Bezirksbürgermeister Kopp (CDU). Und es solle immer möglich sein, einen Termin im Bürgeramt zu erhalten. Dies sieht auch ein Antrag der SPD vor, dem sich unterdessen die CDU angeschlossen hat. Still und heimlich hat jedoch die zuständige Bezirksstadträtin Richter-Kotowski (ebenfalls CDU) beschlossen, dass ab 1. Dezember nur noch bei vorheriger Terminvereinbarung (per Internet) das Bürgeramt besucht werden kann. Eine Visitenkarte auf Vorbestellung?

CDU und Grüne gegen Seniorenwohnungen

Der Bezirk betreibt eigene Seniorenwohnungen, um Menschen mit niedrigen Renten zu ermöglichen, auch im Alter in ihrer Umgebung wohnen zu bleiben. Für den Betrieb erhält der Bezirk Zuweisungen des Landes, die sogar die Ausgaben des Bezirks übertreffen. Allerdings verweigern sich CDU und Grüne, nun Teile des Budgetgewinns in den Erhalt der Wohnungen zu investieren. 50 Seniorinnen und Senioren sind betroffen. 50 Wohnungen stehen bereits leer, weil das Bezirksamt die Neuvermietung eingestellt hat – offensichtlich wird der Verkauf der Immobilie geplant.

Jan Kellermann (Bezirksverordneter)

Für Lichterfelde in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)



Jan Kellermann

Sprecher für Wirtschaft, Personal, Europa

Weitere Ausschüsse:

- Schule
- Sport

jan.kellermann@spd-lichterfelde.de



Martin Matz

Haushaltspolitischer Sprecher

Weitere Ausschüsse:

- Bau und Immobilien
- Gesundheit und Gleichstellung

martin.matz@spd-lichterfelde.de

Wie funktioniert Bezirkspolitik?

Gleichzeitig mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus werden die **Bezirksverordneten** gewählt. Die 55 Bezirksverordneten bilden die **Bezirksverordnetenversammlung (BVV)**. Die BVV wählt zu Beginn der Legislatur den Bezirksbürgermeister und die 4 Stadträte. Diese bilden zusammen das **Bezirksamt**, dem die Führung der Verwaltung obliegt.

Während die Bezirksverordneten ehrenamtlich tätig sind, sind die Mitglieder des Bezirksamts hauptberufliche Beamte auf Zeit.

Zur Wahl des Bürgermeisters bildet sich in der Regel eine **Zählgemeinschaft** aus mehreren Fraktionen. Diese besteht

in Steglitz-Zehlendorf aus CDU und Grünen. Die Bezirksstadträte hingegen verteilen sich auf alle Fraktionen (je nach Größe).

Während das Bezirksamt die Verwaltung leitet, dient die Bezirksverordnetenversammlung zur Kontrolle der Verwaltung. Daher beziehen sich Beschlüsse auch nur darauf, das Bezirksamt um Anliegen zu „ersuchen“ oder über die BVV Anfragen zu stellen. Die BVV ist also – im Gegensatz zu einem Parlament – nicht gesetzgebend, aber maßgeblich für die Gestaltung unseres Bezirks verantwortlich. Das Bau-recht ist in Berlin übrigens Aufgabe der Bezirke.

www.spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de